

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Regierung für Gegenvorschlag zu Kostenbremse-Initiative

Der Regierungsrat begrüsst im Grundsatz den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)», wie er in seiner Stellungnahme an das Eidgenössische Departement des Innern festhält. Die Initiative verlangt die Einführung einer Kostenbremse in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, damit sich deren Kosten entsprechend der schweizerischen Gesamtwirtschaft und den durchschnittlichen Löhnen entwickeln. Der Bundesrat unterstützt das Anliegen der Initiative, erachtet allerdings die Koppelung allein an die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und einen Lohnindex als zu kurz greifend. Deshalb schlägt er vor, die Forderung der Initiative in das zweite Rechtsetzungspaket des Kostendämpfungsprogrammes des Bundes aufzunehmen.

Hauptelemente des indirekten Gegenvorschlags sind:

- Einführung einer Zielvorgabe, welche diverse Kostenziele für das Wachstum der Gesundheitskosten definieren sowie Massnahmen zur Korrektur bei allfälligen Zielüberschreitungen festlegen soll,
- Stärkung der koordinierten Versorgung durch die Definition von Netzwerken zur koordinierten Versorgung als eigene Leistungserbringer sowie die Förderung von Programmen der Patientenversorgung,
- Einführung einer Erstberatungsstelle für Versicherte bei gesundheitlichen Problemen und
- Umsetzung des Grundsatzes einer möglichst kostengünstigen Vergütung.

Primäres Ziel der Massnahmen ist es, das Kostenwachstum im Gesundheitswesen und damit den Anstieg der Prämien zu dämpfen und auf diese Weise den Anstieg der von den Versicherten bezahlten Prämien zu begrenzen. In die Verantwortung genommen werden alle Akteure (Bund, Kantone und Gesundheitsakteure).

Die Regierung unterstützt - in Übereinstimmung mit der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren - die allgemeine Stossrichtung des Kostendämpfungsprogrammes und die Mehrheit der vorgeschlagenen Massnahmen. Wichtig ist, dass bei der Planung und Umsetzung von Massnahmen mit kostendämpfender Wirkung die Versorgungssicherheit und Qualität der Gesundheitsversorgung gewährleistet bleiben. Der Regierungsrat verlangt vom Bundesrat konkretere Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen der Massnahmen auf die Kantone.

Ja zu Revision des Bauvertragsrechts

Der Regierungsrat stimmt der vorgeschlagenen Revision des Bauvertragsrechts im Bereich von Baumängeln zu, wie er in seiner Stellungnahme an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement festhält. Die Revision führt zu einer Stärkung der Stellung des Bauherrn. Dies soll erreicht werden durch eine Verlängerung der Rügefristen, durch ein unabdingbares Nachbesserungsrecht beim Kauf respektive bei der Neuerstellung von Wohneigentum sowie durch eine

Konkretisierung der Anforderungen an eine Ersatzsicherheit, mit der die Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts abgewendet werden kann.

Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat beantragt, als Mitglieder der Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung für die Amtsperiode 2021-2024 die bisherigen Amtsinhaber wiederzuwählen. Es handelt sich um Urs Niklaus Eckert, Flurlingen, Simon Oettli, Stetten, Claudio Poles, Neuhausen am Rheinfall, Yvonne Ried, Schaffhausen, und Dr. Beat Stöckli, Schaffhausen. Für den zurücktretenden Beat Hug wird Erich Schudel, Beggingen, als neues Mitglied vorgeschlagen. Schliesslich schlägt die Regierung die Vorsteherin des Finanzdepartementes, Regierungsrätin Dr. Cornelia Stamm Hurter, als Präsidentin der Verwaltungskommission vor. Sie ist von Amtes wegen Mitglied der Kommission.

Tripartite Kommission

Der Regierungsrat hat die Mitglieder der Tripartiten Kommission flankierende Massnahmen für die Amtsdauer 2021-2024 gewählt. Vorsitzender ist Vivian Biner, Chef Arbeitsamt. Als Mitglieder wurden als Arbeitgebervertreter Hans Peter Brütsch, Monika Zwahlen, Karin Spörli, als Arbeitnehmervertreter Lorenz Keller, Christian Trunz, Martin Burkhardt sowie als Behördenvertreter Isabelle Düggin, Dr. Fridolin Hunold, Lukas Hauser und Daniel Schär ernannt.

Konsultativkommission für Wirtschaftsfragen

Der Regierungsrat hat die Mitglieder der Konsultativkommission für Wirtschaftsfragen für die Amtsdauer 2021-2024 gewählt. Vorsitzender wird Regierungsrat Dino Tamagni. Als Mitglieder wurden Peter Neukomm, Felix Tenger, Marcel Fringer, Martin Vogel, Bernhard Klauser, Martin Burkhardt, Matthias Frick, Virginia Stoll, Thomas Imobersteg, Vivian Biner und Daniel Sattler ernannt.

Aufsichtskommission der Kantonsschule

Der Regierungsrat hat die Mitglieder der Aufsichtskommission der Kantonsschule für die Amtsdauer 2021-2024 gewählt. Präsident wird Regierungsrat Patrick Strasser. Als Mitglieder wurden Verena Anliker, Pasquale Comi, Lukas Hauser, Barbara Heuberger, Dr. Markus Malagoli, Dr. Reto Meili, Corinna Bohrer-Peyer, Dr. Matthias Pfeiffer, Regula Rahm, Dr. Reto Savoca, Hans Rudolf Stör, Dr. Iwan Stössel, und Dr. Anna Barbara Wolf Stocker ernannt.

Wahl der Natur- und Heimatschutzkommission

Der Regierungsrat hat die Wahl der kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission für die Amtsdauer 2021-2024 vorgenommen. Als Präsident wurde David Hilty, Schleithelm, gewählt. Als Mitglieder wurden Manuel Bergamini, Schaffhausen, Roland Hofer, Thayngen, Britta F. Schmid, Schaffhausen, Andreas Schnetzler, Siblingen, Konradin Winzeler, Neuhausen am Rheinfall, sowie Dr. Urs Weibel (bis 31. Mai 2021), Stein am Rhein, bzw. Gabriela Irene Uehlinger (ab 1. Juni 2021), Neunkirch, ernannt.

Wahl der Jägerprüfungskommission

Der Regierungsrat hat die Wahl der Jägerprüfungskommission für die Amtsdauer 2021-2024 vorgenommen. Präsident ist Stefan Lebeda, Stv. Departementssekretär. Als Mitglieder wurden Beat Hartmann, Schaffhausen, Dr. Cornel Fraefel, Trüllikon, Stefan Haab, Guntalingen, Dr. Daniel Leu, Schaffhausen, Alan Lüthi, Hallau, Markus Menzi, Ramsen, Harry Müller, Bagen, Lukas Niedermann, Neuhausen am Rheinfall, Urs von Burg, Thayngen, Patrick Wasem, Beringen, und Helmut Weiss, Büsingen, ernannt.

Einigungsamt

Der Regierungsrat hat die Mitglieder des Einigungsamtes für die Amtsdauer 2021-2024 gewählt. Präsidentin ist Dina Weil, Schaffhausen; als Vizepräsidentin amtiert Nicole Heingärtner, Schaffhausen. Als Fachbeisitzer wurden als Arbeitgebervertreter Marlen Weber-Brühlmann, Gächlingen, und Hans Peter Brütsch, Schaffhausen, sowie als Arbeitnehmervertreter Matthias Frick, Schaffhausen, und Michele Aversa, Zürich, ernannt.

Flurnamenkommission

Der Regierungsrat hat die Mitglieder der Flurnamenkommission für die Amtsdauer 2021-2024 gewählt. Vorsitzender bleibt Hannes Schärer, Kantonsgeometer. Als Mitglieder wurden Alfred Wüger, Schaffhausen, und Joseph Halytskyj, Beringen, ernannt.

Genehmigung von Gemeindeerlassen

Der Regierungsrat hat folgende Gemeindeerlasse genehmigt:

- die vom Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall am 4. Juni 2020 beschlossene Teilrevision der Bauordnung;
- die von der Gemeindeversammlung Ramsen am 12. März 2020 und 2. Juli 2020 beschlossenen Änderungen der Gemeindeverfassung.

Schaffhausen, 17. November 2020
Nr. 43/2020

Staatskanzlei Schaffhausen